

Offener Brief

Nicaragua-Verein Oldenburg e. V.
Graf-Spee-Str. 44
26123 Oldenburg

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Herrn Dirk Niebel
Postfach 12 03 22
53045 Bonn

23.04.2012

Deutschland stoppt große Teile der Entwicklungshilfe für Nicaragua

Sehr geehrter Herr Niebel,

mit Bestürzung hat der Nicaragua-Verein in Oldenburg zur Kenntnis genommen, dass die Bundesregierung die Entwicklungshilfe für Nicaragua in den Bereichen Umwelt und gute Regierungsführung ab 2014 einstellen will. Nur die Bereiche Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung sollen davon ausgenommen sein. Alle bereits laufenden Projekte sollen zwar zu Ende geführt, jedoch nicht verlängert werden. Auch wird es keine neuen Projekte geben. Als Grund nennen Sie auf der Webseite des BMZ, dass das nicaraguanische Regime nun die Konsequenzen seiner zunehmend autokratischen Regierungsweise tragen müsse.

Dazu stellen wir als Nicaragua-Verein, die wir schon seit mehr als 20 Jahren nördlich des Managua Sees in San Francisco Libre Hilfe in Kooperation mit unserer Partnerorganisation APREDEN Hilfe zur Selbsthilfe leisten, Folgendes fest:

1. Eine Kürzung der Entwicklungshilfe würde in erster Linie die Bevölkerung und nicht die Regierung treffen. Wenn das BMZ, wie geäußert, tatsächlich die „Ärmsten der Armen“ bzw. Zivilbevölkerung weiterhin unterstützen will, ist der jetzt beschlossene Rückzug aus der Entwicklungshilfe ein politisch völlig falsches Signal. Es wird deutschen Organisationen, die direkt vor Ort gemeinsam mit nicaraguanischen Partnerorganisationen Projekte durchführen, zukünftig schwer fallen, Spendenmittel einzuwerben, wenn von politischer Seite das Signal kommt, dass eine weitere Unterstützung Nicaraguas nicht sinnvoll ist.
2. Zum Bereich „Gute Regierungsführung“ heißt es im Länderkonzept Nicaragua 2009 Ihres Hauses u.a.: „Kennzeichen der politischen Krise sind das Verbot einiger oppositioneller

Parteien im Juni und die offensichtliche Manipulation der Kommunalwahlen im November 2008, die parteipolitisch bedingte Manipulation wichtiger Entscheidungen der Judikative und die zumindest zeitweise starke Drangsalierung von Presse, Nichtregierungsorganisationen und politischer Parteien.“ Und als Perspektive wird genannt: „Die deutsche EZ will langfristig, also über die Amtszeit der aktuellen Regierung hinaus, dazu beitragen, dass in Nicaragua eine demokratische und effiziente Regierungsführung auf nationaler und lokaler Ebene etabliert wird.“ Aus unserer (lokalen) Sicht ist keine wesentliche Änderung der damaligen Situation erkennbar, aber gerade wenn es diese geben sollte, wäre es doch umso wichtiger, diesen Ansatz weiter zu verfolgen.

3. Wir können Ihre Argumentation, warum Sie die Hilfe im Bereich „Umwelt“ stoppen wollen, nicht nachvollziehen. Durch das Aufeinandertreffen mehrerer tektonischer Platten wird das Land immer wieder von Erdbeben und Vulkanausbrüchen betroffen sein, ungeachtet welcher Regierung. Auch hat der Klimawandel dazu beigetragen, dass vor allem in den beiden letzten Jahren die Regenzeit erheblich kräftiger ausgefallen ist als normal. Das hatte z. B. zur Folge, dass der Pegel des Managua-Sees um 2-3m angestiegen ist. In unserer Partnergemeinde San Francisco Libre müssen deshalb 391 Familien ihre Häuser verlassen. Die Brunnen sind zum Teil durch den stark mit Quecksilber belasteten See verseucht. Die Bevölkerung muss gezwungenermaßen aus der Armut heraus gegen die Umwelt handeln. Sie schlägt z.B. seit Jahrzehnten für den Lebensunterhalt Brennholz, um es an die Stadtbevölkerung von Managua zu verkaufen, so dass das ursprünglich walddreiche Gebiet inzwischen von schweren Erosionsschäden betroffen ist. Für die Lösung der Umweltprobleme braucht Nicaragua nach wie vor unsere Unterstützung.



Haus an der Hauptstraße in San Francisco Libre im Januar 2012

Der Nicaragua-Verein Oldenburg verbindet Menschen verschiedener Weltanschauungen. Gemeinsam sehen wir es als widersprüchlich an, dass gerade eine christlich-liberale Bundesregierung die Mittel kürzen will, während gleichzeitig das BMZ Nicaragua eine „markt- & stabilitätsorientierte“ Wirtschaftspolitik bescheinigt, die nach liberaler Sichtweise als förderungswürdig angesehen werden müsste, und die katholische Kirche mit ihrer Sternsingeraktion in diesem Jahr Nicaragua in den Vordergrund gestellt hat, da das Land zu Recht als besonders bedürftig angesehen wird. Laut Angabe des BMZ liegt die Armut in Nicaragua bei 79,9% und extreme Armut bei 45,1%. Im Nachbarland Honduras liegt die Armut bei 44% und extreme Armut bei 20,7%. Dort wird die Entwicklungshilfe sogar ausgeweitet, obwohl Korruption und die wenig leistungsfähige öffentliche Verwaltung Honduras schwer regierbar machen. Dabei ist die Legitimation der Regierung dort vor 3 Jahren unter Bedingungen der Putschisten zustande gekommen. El Salvador hat eine Armut von 40,5% der Bevölkerung und extreme Armut von 19%, Guatemala eine Armut von 31,9% und extreme Armut von 13,5%. Ein großes Problem, das man in diesen beiden Ländern kennt, sind kriminelle Jugendbanden, die das staatliche Gewaltmonopol zunehmend in Frage stellen. Auch diese Länder bekommen Entwicklungshilfe.

Die deutsche Unterstützung genießt in dem zentralamerikanischen Land aufgrund ihrer Beständigkeit und Sichtbarkeit bisher ein hohes Ansehen. Dies sollte nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Wir sind sicher, dass eine möglichst umfassende Fortführung der deutschen Entwicklungshilfe in allen Feldern einen wichtigen Beitrag zu einer positiven Entwicklung und zur Stärkung der Demokratie in Nicaragua leisten kann.

Um eine Stellungnahme wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen,
für den Nicaraguaverein Oldenburg



Axel Kleinschmidt
Vorsitzender